

## A8 Freund\*in & Helfer\*in statt autoritärer Ordnungsmacht

Antragsteller\*in: Antonius Naumann und Hanna Große Holtrup

Tagesordnungspunkt: TOP 8 Anträge und Sonstiges

### Antragstext

- 1 Die Polizei muss eine neutrale Institution sein, deren Aufgabe darin besteht,
- 2 Konflikte zu deeskalieren und Menschen vor Gewalt zu schützen. Oberstes Ziel der
- 3 Polizei in einem demokratischen Rechtsstaat sollte sein, die Handlungsfreiheit
- 4 und Würde des Individuums zu bewahren, um ein friedliches Zusammenleben zu
- 5 gewährleisten
  
- 6 Eine demokratische Gesellschaft muss ihrer Polizei nicht blind vertrauen - das
- 7 sollte sie auch nicht. Wir wünschen uns eine menschliche, nahbare und kritische
- 8 Polizei, die sich das Vertrauen ihrer Mitmenschen verdient.
  
- 9 Klares Bekenntnis zur namentlichen Kennzeichnung
  
- 10 Die verfassungsmäßige Ausübung des Gewaltmonopols muss unter kritischer
- 11 demokratischer Kontrolle stehen. Anonymität im Einsatz ist intransparent und mit
- 12 der notwendigen Kontrolle der Polizeiarbeit unvereinbar.
  
- 13 Wir bekennen uns deshalb klar zur Fortsetzung der namentlichen Kennzeichnung in
- 14 Brandenburg. Die im Koalitionsvertrag vereinbarte Möglichkeit, einzelne
- 15 Polizist\*innen von der namentlichen Kennzeichnungspflicht zu entbinden, lehnen
- 16 wir ab. Sollte eine konkrete Bedrohung für einzelne Polizist\*innen vorliegen,
- 17 ist die Verwendung von einfach zu merkenden Pseudonymen denkbar. Diese müssen
- 18 vor dem Einsatz dokumentiert werden, um eine einfache Identifikation der
- 19 Polizist\*innen nach dem Einsatz zu ermöglichen.
  
- 20 Kommunikationsteams der Polizei
  
- 21 Wir wollen polizeiliche Kommunikationsteams, die aus speziell geschulten
- 22 Vermittlungsbeamt\*innen bestehen, auf Demonstrationen in Brandenburg. Diese
- 23 sollen für alle Teilnehmer\*innen ansprechbar sein, Fehlverhalten von
- 24 Polizist\*innen eindämmen und zu einer Deeskalation beitragen. Dadurch sollen
- 25 Konflikte schnell und gewaltfrei gelöst werden. Die Vermittlungsbeamt\*innen
- 26 sollen unbewaffnet auftreten und auch optisch klar von der Uniformierung der
- 27 Polizist\*innen unterscheidbar sein. Die Teams sollen Verständnis für die
- 28 Polizeipräsenz und -arbeit schaffen, indem sie als Vermittler\*innen zwischen
- 29 Polizei und Zivilbevölkerung sowie zwischen verschiedenen Konfliktparteien
- 30 auftreten.
  
- 31 Bekämpfung rechtsextremer Strukturen in der Polizei
  
- 32 Rechtes Gedankengut und rechtsextreme Strukturen sind stark verankerte Probleme
- 33 in der Polizei. Politische Bildung mit dem Schwerpunkt Rechtsextremismus müssen
- 34 Bestandteil jeder Polizeiausbildung sein und in Fortbildungen vertiefend
- 35 behandelt werden, um Polizist\*innen für die Erkennung rechtsextremer Strukturen
- 36 zu sensibilisieren und rechte Tendenzen im Keim zu ersticken.
  
- 37 Konfliktdeeskalation in der Ausbildung
  
- 38 Wir fordern, dass vor allem in der Ausbildung von Polizist\*innen ein besonderer
- 39 Schwerpunkt auf Konfliktdeeskalation gelegt wird. Dies muss einen festen

40 Bestandteil ausmachen. Dabei müssen Polizist\*innen besonders sensibilisiert  
41 werden für deeskalierende Maßnahmen bei (politischen) Großveranstaltungen. Auch  
42 Antirassismus Strategien müssen Bestandteil der Ausbildung sein, um Racial  
43 Profiling zu verhindern.

#### 44 Frauenförderung und Diversity-Strategie

45 Die Polizei sollte ein Spiegelbild der Gesellschaft sein, um struktureller  
46 Diskriminierung durch die Polizei sie vorzubeugen. Diesem Anspruch wird die  
47 Polizei derzeit nicht gerecht.

48 Vor diesem Hintergrund soll der Landtag unter Koordination der  
49 Polizeibeauftragten Strategien zur Diversity- und Frauenförderung erarbeiten.  
50 Diese soll unter anderem die Schaffung von Hilfsangeboten bei sexistischen,  
51 rassistischen und homo- oder transphoben Übergriffen innerhalb der Polizei  
52 beinhalten. Ebenso sollen Vorgesetzte durch gezielte Weiterbildung für den  
53 Umgang mit Sexismus, Rassismus, Trans- und Homophobie sensibilisiert werden.

#### 54 Umsetzung der Polizeibeschwerdestelle

55 Die Polizei muss Vorbild und Beschützer\*in sein, sich an rechtsstaatliche  
56 Prinzipien halten und die Menschenwürde achten.

57 Dort wo Polizist\*innen gegen die Regeln des Rechtsstaates verstoßen, muss dieses  
58 Verhalten aufgearbeitet und geahndet, statt gedeckt und vertuscht werden. Ebenso  
59 soll kritischen Polizist\*innen, die selbst Opfer physischer oder psychischer  
60 Gewalt geworden sind die Möglichkeit geboten werden, in vertraulichem Rahmen  
61 über diese Vorfälle zu sprechen.

62 Wir fordern die schnellstmögliche Umsetzung der im Koalitionsvertrag verankerten  
63 Beschwerdestelle für die Bürger\*innen Brandenburgs und die Schaffung einer  
64 Polizeibeauftragtenstelle.

65 Wir fordern die Landesregierung dazu auf, entsprechende Maßnahmen umzusetzen.

## Begründung

Immer wieder kommt es bei Demonstrationen, Gegenprotesten oder anderen Großveranstaltungen zu eskalativen Situationen, in der die Polizei vereinzelt oder strukturell gewaltsam gegen Demonstrierende vorgeht und deren Grundrechte einschränkt. Die Möglichkeit Fehlverhalten von Polizist\*innen zu ahnden oder präventiv zu verhindern, indem ein ausgeprägtes Problembewusstsein geschaffen wird, besteht oft nur unzureichend. Auch im Einsatz kommt es immer wieder zu Situationen, in denen Polizeibeamt\*innen autoritär oder einschüchternd auf Zivilist\*innen einwirken [1]. Um dem entgegenzuwirken, möchten wir einerseits eine Beschwerdestelle als Ansprechpartnerin für Bürger\*innen einrichten und andererseits das Selbstverständnis der Polizei modernisieren, damit kritische Polizist\*innen ermutigt werden, gegen Fehlverhalten ihrer Kolleg\*innen vorzugehen, statt dieses zu dulden.

Polizist\*innen müssen insbesondere für das Problem mit rechtem Gedankengut in der Polizei sensibilisiert werden. Dabei sind allgemeine Erklärungsmuster, die jeden Extremismus gemäß der Hufeisentheorie verurteilen nicht ausreichend, da rechte Gesinnung in der Polizei ein konkretes Problem - auch in Brandenburg [2] - darstellt [3], welches gezielt und ohne Relativierung bekämpft werden muss.

[1] Polizist agiert in eigener Sache - Verdächtiger Polizeieinsatz, taz:

<https://taz.de/Polizist-agiert-in-eigener-Sache!/5664422/>

[2] Rechtes Gedankengut in der Polizei in Brandenburg, taz:

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/innenminister-zu-defend-cottbus-polizisten-kannten-neonazi-zeichen-und-wollten-gezielt-provozieren/25294082.html>

[3] Rechtsextremismus in der Polizei - wie groß ist das Problem?, Polizeigrün e.V.:

<https://polizei-gruen.blogspot.com/2019/01/rechtsextremismus-in-der-polizei-wie.html>